

16.17

**Abgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch (FPÖ):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Liebe Bauern in unserem Land! Liebe Bürger und Konsumenten in unserem Land! Worum geht es tatsächlich in dieser Renaturierungsverordnung? Sehr viele schöne Worte kamen vom Vorredner, von den Grünen natürlich sowieso, denn die müssen Ihnen ja die Mauer machen, Frau Minister, die sind ja dazu verpflichtet, auch die SPÖ – wobei diese schon mit unterschiedlicher Sprache spricht. Frau Kollegin Herr, glücklicherweise denken nicht alle in der SPÖ so wie Sie.

Worum geht es tatsächlich? – Natürlich geht es darum, dass wir 20 Prozent unserer Ackerflächen renaturieren, also de facto nicht mehr als Ackerflächen nutzen werden können. Das bedeutet eine De-facto-Enteignung. Es ist nämlich eine Einschränkung der Verfügungsgewalt, die die Bauern über ihre Felder haben. Nichts anderes als eine De-facto-Enteignung ist das, was da drinnen steht, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Minister, Sie haben dazu die Zustimmung gegeben. Frau Kollegin Herr verteidigt Sie mit der Begründung, weil der Wiener Bürgermeister ein Interview gegeben hat, nur: Das Interview eines Bürgermeisters und Landeshauptmanns ist nicht rechtsbindend, denn es gab hier keine einheitliche Stellungnahme der Länder. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das ist nun einmal so gewesen, Punkt. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Steinacker: Keine geänderte!)* – Entschuldigung, keine einheitliche Stellungnahme, dass die Frau Minister zustimmen kann. *(Abg. Steinacker: Das glaube ich auch!)* Es gab sehr wohl eine einheitliche Stellungnahme der Länder, nämlich dass sie nicht zustimmen darf.

Zuletzt, im April 2024, wurde die Frau Minister von den Landeshauptleuten darauf hingewiesen; im April 2024 wurde sie darauf hingewiesen. Dass der Wiener Bürgermeister irgendwann lustig geworden ist, das mag so sein, das hat aber keine Rechtsverbindlichkeit. So war das. *(Abg. Steinacker: Aber die 15a-Vereinbarung mit den Ländern nämlich schon!)*

Aber jetzt komme ich schon zu Ihnen, weil Sie sich ja so eifrig an der ganzen Debatte beteiligen, Frau Kollegin Steinacker: Jetzt kommt die ÖVP ins Spiel. Es ist ja nicht so, dass Frau Minister Gewessler nicht angekündigt hätte, dass sie dem zustimmen wird. Sie hat es nicht 24 Stunden vorher angekündigt, sondern schon Tage davor.

Ich möchte daran erinnern: Wir hatten hier herinnen eine Plenarsitzung mit einer Fragestunde an unseren Landwirtschaftsminister Totschnig. Den habe ich gefragt, ob es bereits Vorbereitungen gibt, Frau Gewessler zu entlassen, wenn sie tatsächlich weiterhin dabei bleibt, da zuzustimmen. Wissen Sie, was er geantwortet hat? Herr Minister Totschnig hat gesagt: Ach, ich gehe schon davon aus, es wird schon alles passen! – Das war die Antwort von Herrn Minister Totschnig, das hat nicht einmal 1 Minute gedauert.

Allen war klar: Diese Österreichische Volkspartei mit dem größten Feigling, den wir in dieser Republik haben, an der Spitze (*Abg. Lukas Hammer: Hallo?! „Feigling“?*), den Sie zum Kanzler gemacht haben, der zu feige ist, sich hinzustellen und im Sinne der Bevölkerung zu handeln, das ist das Problem gewesen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dieser feige Bundeskanzler hat den Kopf in den Sand gesteckt, hat gemeint, es wird vielleicht gut gehen oder vielleicht auch nicht, wir wissen es nicht ganz genau. Jedenfalls ist es dann passiert: Die Ministerin hat sich sozusagen in einer Pressekonferenz erklärt, damit in Brüssel noch schnell hat umgearbeitet werden können, damit man noch die Tagesordnung hat verändern können. Das war nämlich gar nicht auf der Tagesordnung, aber die Frau Bundesminister hat ja Gott sei Dank eine Pressekonferenz gemacht.

Und was ist dann passiert? – Dann hat der Herr Bundeskanzler gesagt, er wird eine Erklärung abgeben. Ganz Österreich hat mehr als eine Stunde lang auf diese Erklärung warten müssen, und das Erste, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, war, er komme gerade aus einer Sitzung des Rates, in der die EVP freudig beschlossen habe, Ursula von der Leyen wieder zur Präsidentin zu wählen. Das war die Reaktion Ihres Bundeskanzlers. Diese Ursula von der Leyen, die ja

verantwortlich ist für diesen Kommunisten-Green-Deal (Abg. Lukas **Hammer**: „Kommunisten-Green-Deal“?! Ist das jetzt ein roter Deal oder ein ...?) – das ist doch die Wahrheit –, ist wiedergewählt worden, und Ihr Bundeskanzler hat nichts gemacht.

Dann hat er gesagt, das ist ein Verfassungsbruch. Ein Verfassungsbruch! Und was hat er gemacht? – Strafanzeige gegen die Frau Minister. Also ist die Frau Minister in den Augen der Österreichischen Volkspartei, in den Augen des Bundeskanzlers eine Straftäterin, sonst hätte man ja keine Anzeige erstattet. Und Sie lassen es zu, dass eine Straftäterin, jemand, der Verfassungsbruch begeht, jemand, der Amtsmissbrauch begeht (Abg. **Voglauer**: *Ordnungsruf!*), meine Damen und Herren der Volkspartei, Sie lassen es zu, dass so jemand im Amt bleibt! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und kommen Sie mir nicht damit: Sonst stürzt das Parlament ins Chaos. Dieses Parlament *ist* im Chaos, meine Damen und Herren, viel schlimmer kann es gar nicht mehr werden! (Abg. **Voglauer**: *Hallo?! Jetzt hören Sie einmal auf, Frau Belakowitsch!*)

Was glauben Sie denn, was ein koalitionsfreier Raum bedeutet hätte? – Kosten. Es wären möglicherweise Maßnahmen für die Bevölkerung beschlossen worden. Möglicherweise hätte es Erleichterungen für die Bürgerinnen und die Bürger in diesem Land gegeben. Möglicherweise hätten wir zum ersten Mal nach fünf Jahren nicht sinnlos Geld für die Ukraine ausgegeben, nicht sinnlos Geld in der EU verbrannt, sondern vielleicht hätten wir im koalitionsfreien Raum für unsere eigenen Steuerzahler etwas Erleichterung geschaffen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist die Ausrede, und das, meine Damen und Herren der Volkspartei, das glaubt Ihnen kein Mensch! Niemand glaubt Ihnen das.

Wenn man jetzt die Anbauflächen verringert, und das geht jetzt speziell auch an die SPÖ, dann führt das zu einer künstlichen Verknappung der Lebensmittel und damit zu einer Preissteigerung – und damit zu einer Preissteigerung! (Abg. **Voglauer**: *Frau Belakowitsch, Sie waren kein einziges Mal im Ausschuss, Sie haben keine Ahnung!*) – Ist schon recht.

In Kärnten – das ist auch spannend –, in Kärnten sind die Grünen nicht einmal im Landtag. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Voglauer: Ja, das werden wir ändern!)* Das ist ja der Wahnsinn! Die Kärntnerinnen und Kärntner haben Sie aus dem Landtag rausgewählt, sind aber von diesem Gesetz betroffen. Das ist der Irrsinn und das ist der Wahnsinn, den die Grünen hier mit Unterstützung der Österreichischen Volkspartei verursachen! Sie haben diese Kommunisten in die Regierung geholt *(Rufe bei den Grünen: Hallo! Hallo!)*, und die Österreicherinnen und Österreicher müssen diese kommunistische Sekte und die Folgen dieser Politik jetzt ausbaden! *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Zorba: Kein einziger inhaltlicher Punkt! Nur bla, bla, bla! – Abg. Schallmeiner: Wo sind die Argumente, Frau Kollegin?)*

Frau Bundesminister, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Herr Bundeskanzler und die Frau Verfassungsminister, sie beide haben Sie des Amtsmissbrauchs beschuldigt und Sie gleichzeitig im Amt belassen. Das halten wir für etwas skurril.

Ich bringe nun folgenden Antrag ein:

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird gemäß Art. 74 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“

\*\*\*\*\*

Unseres haben Sie schon lange verloren. Es wäre jetzt an der Zeit, dass dieser Nationalrat sich dazu entschließt, dieser Ministerin das Vertrauen zu versagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.24

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

### **Misstrauensantrag**

Gem. § 26 iVm § 55 GOG-NR

*des Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Schmiedlechner und weiterer Abgeordneter betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie*

*eingebracht in der 272. Sitzung des Nationalrates am 04.07.2024 im Zuge der Debatte zur dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Susanne Fürst und weiterer Abgeordneter an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend die eigenmächtige Zustimmung der Bundesministerin Gewessler zum EU-Renaturierungsgesetz.*

*Am 19. Juni 2024 hat die Suppan/Spiegl/Zeller Rechtsanwalts OG für die Österreichische Volkspartei von Parteiobmann und Bundeskanzler Karl Nehammer eine Anzeige gegen die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler, eingebracht.*

*Die Zustimmung der Bundesministerin zur EU-Renaturierungsverordnung, die als Zünglein an der Waage die notwendige Mehrheit brachte, handelte ihr den Vorwurf des Amtsmissbrauchs durch den Bundeskanzler ein. Ihr droht nunmehr eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren gem. § 302 Abs. 1 StGB. Bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe sind möglich, wenn etwa der herbeigeführte Schaden einen Betrag von 50.000 Euro übersteigt gem. § 302 Abs. 2 StGB.*

*Der schwerwiegende Vorwurf des Amtsmissbrauchs, erhoben durch den Bundeskanzler selbst, führt zur Frage, warum man eine Ministerin, der man strafrechtsrelevantes Verhalten vorwirft, im Amt belassen soll. In der im Online-medium oe24.at veröffentlichten Anzeige der ÖVP werden schwerwiegende Vorwürfe erhoben:*

**Suppan | Spiegl | Zeller****Rechtsanwalts OG**

Staatsanwaltschaft Wien  
Landesgerichtsstr. 11  
1080 Wien

**WEB-ERV**

RA Mag. Werner Suppan  
RA Mag. Claudia Spiegl  
RA Mag. Ulrike Zeller

Konstantingasse 6-8/9, 1160 Wien  
Telefon: +43 1 494 69 01

Heßstrasse 14/4, 3100 St. Pölten  
Telefon: +43 2742 28 522

E-Mail: kanzlei@suppan.eu  
Fax: +43 1 494 69 01-20  
www.suppan.eu  
FN 4594991 HG Wien  
RA-Code P130812  
IBAN: AT27 3200 0010 0441 6749  
SWIFT/BIC: RLNWATWW

Einschreiterin:**Österreichische Volkspartei**

Lichtenfelsgasse 7  
1010 Wien

vertreten durch:**Suppan/Spiegl/Zeller Rechtsanwalts OG**

P130812  
Konstantingasse 6-8/9, 1160 Wien  
(Vollmacht erteilt)

Angezeigte:

**BM Leonore Gewessler, B.A.**, geb. 15.09.1977  
pA. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie,  
Mobilität, Innovation und Technologie (BMK),  
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

wegen:

§ 302 StGB

**STRAFANZEIGE**

1- fach  
3 Beilagen

Unter Berufung auf die von der Einschreiterin erteilte Vollmacht wird folgender Sachverhalt zur Kenntnis gebracht:

#### I.

Die Angezeigte ist Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und vertritt als solche die Republik Österreich in den ihr Ministerium betreffenden einschlägigen Gremien der Europäischen Union, insbesondere im Rat der Europäischen Union (Umwelt), wo am 17.06.2024 über die sogenannte **Renaturierungsverordnung** (Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur, KOM (2022) 304 endg.) mit einer Beschlussvorlage, die dem Ratsdokument 6985/24 entspricht, abgestimmt wurde.

Die Angezeigte hat der Beschlussvorlage und damit dem Gesetzgebungsakt für die Renaturierungsverordnung in Ausübung ihrer Amtsgeschäfte namens der Republik Österreich bei der Sitzung des Umweltrates am 17.06.2024 in Luxemburg zugestimmt.

Dies ist nach innerstaatlichem österreichischen Recht zu Unrecht erfolgt und verstößt gegen die einschlägigen verfassungsgesetzlichen und einfachgesetzlichen Vorgaben.

Beweis:       ./1 Konvolut Medienberichte

#### II.

Gemäß Art. 23d Abs. 2 B-VG darf der Bund bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union von einer von den Bundesländern erstatteten einheitlichen Stellungnahme zu einem Vorhaben, das Angelegenheiten betrifft, in denen die Gesetzgebung Landessache ist, nur aus zwingenden Integrations- und außenpolitischen Gründen abweichen.

Die Renaturierungsverordnung betrifft Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung auch Landessache ist, an vorderster Stelle beispielsweise den Kompetenztatbestand *Naturschutz*, aufgrund der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder gemäß Art. 15 B-VG darüber hinaus aber auch jede sonstige von der Renaturierungsverordnung berührte, nicht ausdrücklich der Bundeskompetenz zugeordnete Angelegenheit. Die Bestimmung des Art. 23d Abs. 2 B-VG stellt auch nicht darauf ab, ob die Abstimmungen in der Europäischen Union etwa Richtlinien oder Verordnungen betreffen und ob eine EU-Verordnung self executing, also unmittelbar anwendbares Gesetzesrecht darstellt, wird doch jedenfalls die Gesetzgebungskompetenz der Länder davon betroffen und darin eingegriffen, ungeachtet ob die Entscheidung unmittelbar wirkt oder nationale Umsetzungsgesetze dafür erforderlich sind.

Die österreichischen Bundesländer haben zur Renaturierungsverordnung im November 2022 eine *ablehnende einheitliche Stellungnahme* abgegeben, die von der Verbindungsstelle der Bundesländer mit Schreiben vom 2. November 2022, VSt-4791/68, an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (Ministerium der Angezeigten) sowie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft übermittelt wurde.

Diese ablehnende einheitliche Stellungnahme wurde – ohne am Charakter der Ablehnung eine Änderung vorzunehmen – durch eine weitere einheitliche Stellungnahme der Bundesländer ergänzt und mit Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. Mai 2023, VSt-4791/198 an dieselben Ministerien übermittelt.

Im Frühjahr 2024 hat die Landeshauptleutekonferenz aus aktuellem Anlass die Angezeigte in einem einvernehmlichen Beschluss an die einheitlichen Länderstellungnahmen von November 2022 und Mai 2023 erinnert, ausdrücklich auf die aufrechte Ablehnung der Renaturierungsverordnung durch die Bundesländer hingewiesen und eine diesbezügliche Stimmbindung der Angezeigten im Umweltrat eingemahnt.

Eine anderslautende dahingehende einheitliche Stellungnahme der Bundesländer, wonach sie dem Vorhaben der Renaturierungsverordnung nunmehr zustimmen würden, ist ungeachtet der Meinungsäußerungen einzelner Bundesländer in der Folge nicht zustande gekommen.

(Nur der Vollständigkeit halber: Integrations- oder außenpolitische Gründe für eine Zustimmung und damit eine Abweichung von den einheitlichen Stellungnahmen der Bundesländer sind nicht ersichtlich, wurden in den öffentlichen Stellungnahmen der Angezeigten nicht behauptet und liegen auch nicht vor).

Die Angezeigte hat sich durch ihre Zustimmung im Umweltrat am 17.06.2024 über diese einheitlichen Stellungnahmen der Bundesländer entgegen ihrer verfassungsgesetzlichen Bindung gemäß Art. 23d Abs. 2 B-VG hinweggesetzt, obwohl sie insbesondere durch den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz noch im April 2024 auf diese rechtliche Verpflichtung hingewiesen wurde und ihr diese bekannt war.

Beweis: beizuschaffende Akten der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ-Landesregierung, 1010 Wien, Schenkenstraße 4, zur Verordnung über die Wiederherstellung der Natur und einheitliche Länderstellungnahmen vom November 2022, VSt-4791/68, und Mai 2023, VSt-4791/198, sowie betreffend Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom April 2024  
Einvernahme des Leiters der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer, Dr. Andreas Rosner pA 1010 Wien, Schenkenstraße 4, als Zeugen



## III.

Die Angezeigte war darüber hinaus bei der Beschlussfassung im Umweltrat gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes an das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft gebunden, das nicht vorlag, sondern vielmehr zweifelsfrei ablehnende Äußerungen von dieser Seite.

§ 5 Abs. 1 Bundesministeriengesetz 1986 (BMG idF BGBl 76/1986) lautet:

**§ 5.**

(1) Die Bundesministerien haben Geschäfte, die den Wirkungsbereich mehrerer Bundesministerien betreffen, soweit bundesgesetzlich nicht anderes bestimmt ist, nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu besorgen:

1. Bei Besorgung eines Geschäftes, das Angelegenheiten mehrerer in den Wirkungsbereich verschiedener Bundesministerien fallender Sachgebiete zum Gegenstand hat, haben die in Betracht kommenden Bundesministerien nach den Grundsätzen des Abs. 2 gemeinsam vorzugehen. Bei Besorgung eines Geschäftes, das Angelegenheiten mehrerer in den Wirkungsbereich verschiedener Bundesministerien fallender Sachgebiete zum Gegenstand hat, haben die in Betracht kommenden Bundesministerien nach den Grundsätzen des Absatz 2, gemeinsam vorzugehen.

2. Bei Besorgung eines Geschäftes, das Angelegenheiten eines Sachgebietes zum Gegenstand hat, das in den Wirkungsbereich eines Bundesministeriums (zuständiges Bundesministerium) fällt, jedoch Sachgebiete berührt, die in den Wirkungsbereich eines oder mehrerer anderer Bundesministerien (beteiligte Bundesministerien) fallen, hat das zuständige Bundesministerium nach den Grundsätzen des Abs. 3 im Zusammenwirken mit dem oder den beteiligten Bundesministerien vorzugehen. Bei Besorgung eines Geschäftes, das Angelegenheiten eines Sachgebietes zum Gegenstand hat, das in den Wirkungsbereich eines Bundesministeriums (zuständiges Bundesministerium) fällt, jedoch Sachgebiete berührt, die in den Wirkungsbereich eines oder mehrerer anderer Bundesministerien (beteiligte Bundesministerien) fallen, hat das zuständige Bundesministerium nach den Grundsätzen des Absatz 3, im Zusammenwirken mit dem oder den beteiligten Bundesministerien vorzugehen.

(2) In den Fällen des Abs. 1 Z 1 haben die betreffenden Bundesministerien gemeinsam festzustellen, der Wirkungsbereich welches Bundesministeriums durch das gemeinsam zu besorgende Geschäft vorwiegend betroffen wird. Diesem Bundesministerium obliegt die führende Geschäftsbehandlung. Vermögen sich die betreffenden Bundesministerien nicht innerhalb einer angemessenen Frist zu einigen, welchem Bundesministerium die führende Geschäftsbehandlung zukommt, so obliegt die Beurteilung dieser Frage unter Zugrundelegung des ersten Satzes auf Antrag eines der betroffenen Bundesministerien der Bundesregierung. In den Fällen des Absatz eins, Ziffer eins, haben die betreffenden Bundesministerien gemeinsam festzustellen, der Wirkungsbereich welches Bundesministeriums durch das gemeinsam zu besorgende Geschäft vorwiegend betroffen wird. Diesem Bundesministerium obliegt die führende Geschäftsbehandlung. Vermögen sich die betreffenden Bundesministerien nicht innerhalb einer angemessenen Frist zu einigen, welchem Bundesministerium die führende Geschäftsbehandlung zukommt, so obliegt die Beurteilung dieser Frage unter Zugrundelegung des ersten Satzes auf Antrag eines der betroffenen Bundesministerien der Bundesregierung.

(3) In den Fällen des Abs. 1 Z 2 hat das zuständige Bundesministerium dem oder den beteiligten Bundesministerien Gelegenheit zu einer Äußerung innerhalb einer angemessenen Frist zu geben. Macht das Geschäft des zuständigen Bundesministeriums jedoch Maßnahmen auf Sachgebieten notwendig, die in den Wirkungsbereich eines beteiligten Bundesministeriums

fallen, so hat das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem beteiligten Bundesministerium vorzugehen. Kommt dieses Einvernehmen binnen einer angemessenen Frist nicht zustande oder wird es ausdrücklich verweigert, so kann sowohl das zuständige als auch ein beteiligtes Bundesministerium, mit dem das Einvernehmen herzustellen ist, die Angelegenheit der Bundesregierung zur Beratung vorlegen. In den Fällen des Absatz eins, Ziffer 2, hat das zuständige Bundesministerium dem oder den beteiligten Bundesministerien Gelegenheit zu einer Äußerung innerhalb einer angemessenen festzusetzenden Frist zu geben. Macht das Geschäft des zuständigen Bundesministeriums jedoch Maßnahmen auf Sachgebieten notwendig, die in den Wirkungsbereich eines beteiligten Bundesministeriums fallen, so hat das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem beteiligten Bundesministerium vorzugehen. Kommt dieses Einvernehmen binnen einer angemessenen Frist nicht zustande oder wird es ausdrücklich verweigert, so kann sowohl das zuständige als auch ein beteiligtes Bundesministerium, mit dem das Einvernehmen herzustellen ist, die Angelegenheit der Bundesregierung zur Beratung vorlegen.

(4) Gesetzliche Bestimmungen über die Konzentration des Verwaltungsverfahrens von unter verschiedenen Gesichtspunkten zu behandelnden Angelegenheiten in einem einheitlichen Verfahren werden nicht berührt. Das gleiche gilt von Vorschriften über die Behandlung von Vorfragen bei der Feststellung des Sachverhaltes im Zuge eines Verfahrens.

Demnach haben Bundesministerien bei Geschäften, die den Wirkungsbereich mehrerer Bundesministerien betreffen, entweder **gemeinsam** (Abs. 1 Z1) oder zumindest im **Zusammenwirken** mit den beteiligten Bundesministerien vorzugehen (Abs 1 Z2).

Die Renaturierungsverordnung berührt eine Vielzahl von erforderlichen Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft fallen. Diese Einschätzung („Maßnahmen“) ist wiederum unabhängig davon, ob es sich um eine Richtlinie, die Umsetzungsgesetze erfordert, oder eine unmittelbar wirksame EU-Verordnung handelt, zumal die Entwürfe zur Renaturierungsverordnung eine Vielzahl von national erforderlichen Umsetzungs- und Gesetzgebungsmaßnahmen umfassen und erfordern.

So verlangt der Entwurf für die Renaturierungsverordnung etwa Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der natürlichen **Vernetzung** von Flüssen und der natürlichen Funktionen damit verbundener Auen (Art. 9), zur Wiederherstellung landwirtschaftlicher Ökosysteme (Art. 11) bzw. zur Wiederherstellung von Waldökosystemen (Art. 12).

Demgegenüber stehen aber unmittelbar Sachgebiete, die dem allgemeinen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft entsprechen (Teil 2 der Anlage zum BMG), beispielsweise

Z 1 Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts,

Z 2 Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts, insbesondere Wildbach- und Lawinenverbauung,

Z 7 Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft einschließlich Verwaltung des öffentlichen Wasserguts, die Ersatzvornahme und der Siedlungs-Wasserwirtschaft und der Gewässerökologie sowie die Angelegenheiten des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Die Angezeigte hat in Kenntnis der vorliegenden Zuständigkeit und Wirkungsbereiche des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft weder das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft über ihr Abstimmungsverhalten hergestellt noch eine Beschlussfassung der Bundesregierung darüber herbeigeführt, obwohl ihr eine entsprechende Ablehnung der Renaturierungsverordnung durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bekannt war.

Die Angezeigte hat sich durch ihre Zustimmung im Umweltrat an 17.06.2024 über das Erfordernis der Einholung des Einvernehmens (zumindest der Herstellung eines Zusammenwirkens) mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 5 Bundesministeriengesetz (BMG) hinweggesetzt, obwohl ihr dessen ablehnende Haltung bekannt war.

Beweis:       ./2 Medienberichte

#### IV.

Über die Bindungswirkung der ablehnenden einheitlichen Stellungnahmen der Bundesländer sowie das Erfordernis des Einvernehmens bzw. Zusammenwirkens mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft war die Angezeigte hinlänglich in Kenntnis, zumal ihr dazu eine „Information für den Bundeskanzler zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur“ des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts (VD-BKA), GZ 2024 - 0.390.580 und 24.05.2024 vorlag, worin darauf schlüssig und ausdrücklich hingewiesen wird.

Beweis:       ./3 „Information für den Bundeskanzler zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur“ des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts (VD-BKA), GZ 2024 - 0.390.580 und 24.05.2024  
Einvernahme des Leiters des Verfassungsdienstes beim Bundeskanzleramt, Dr. Albert Posch, 1010 Wien, Ballhausplatz 2

#### V.

Aufgrund des oben dargestellten Sachverhaltes liegt der Verdacht nahe, dass der Straftatbestand „Missbrauch der Amtsgewalt“ gemäß § 302 StGB erfüllt ist, da die Angezeigte als Bundesministerin und sohin funktionell als „Beamtin“ im Sinne der §§ 74 Z 4, 302 StGB wissentlich ihre Befugnis, im Namen des Bundes und als dessen Organ in Vollziehung der Gesetze vor dem EU-Umweltrat im Rahmen der Abstimmung zur Renaturierungsverordnung am 17.06.2024 missbräuchlich ausgeübt hat, indem sie dem Vorhaben mit dem (zumindest bedingten) Vorsatz, die betroffenen Bundesländer sowie das betroffene Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (also den Bund) in ihren Rechten zu schä-

6

digen, zugestimmt hat, obwohl eine ablehnende einheitliche Stellungnahme der österreichischen Bundesländer im Sinne des Art. 23d Abs. 2 B-VG vorgelegen ist und es am Einvernehmen des und/oder Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft entgegen § 5 Abs. 1 bis 3 BMG gefehlt hat.

Den Tatbestand des Amtsmissbrauches erfüllt, wer als Beamter mit dem Vorsatz, dadurch einen anderen an seinen Rechten zu schädigen, seine Befugnis, im Namen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder einer anderen Person des öffentlichen Rechtes als deren Organ in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, wissentlich missbraucht.

Befugnis im Sinne des Tatbestandes des § 302 StGB ist schon dann gegeben, wenn der Beamte im Rahmen des ihm abstrakt (nicht konkret im Einzelfall) zustehenden Zuständigkeitsbereichs handelt. Der Beamte muss zur Vornahme des inkriminierten Amtsgeschäfts nach dessen Art berufen sein (vgl. RIS-Justiz RS0096760, RS0096134, RS009611), wie das hier der Fall ist.

Der Begriff des Beamten nach dem Strafrecht ist funktionell zu verstehen und zählen die obersten Organe wie insbesondere eine Bundesministerin ebenso zum qualifizierten Täterkreis.

Wie mittlerweile bekannt ist, hat die Angezeigte kurzfristig vor der gesetz- und verfassungswidrigen Ausübung ihres Stimmrechts im Umweltrat einzelne *private Expertisen* zu (teilweise untergeordneten) Detail-Fragen der Wirkung einheitlicher Stellungnahmen der Bundesländer und deren Abänderung sowie über Einschätzungsfragen im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsprozess in der EU und einzelnen Zwischenschritten im Trilog eingeholt.

*Keines* dieser Gutachten vermag aber die Angezeigte dahingehend *eindeutig zu exkulpieren*, dass sie sich *sowohl* über die ablehnende einheitlichen Stellungnahme der Bundesländer *als auch* das fehlende Einvernehmen des Landwirtschaftsministeriums hinwegsetzen dürfe. Vielmehr wird darin überwiegend auf „gute Gründe“, „bessere Argumente“ o. ä. verwiesen und gestützt.

Allerdings zeigen diese kurzfristig vor ihrer Stimmrechtsausübung eingeholten Meinungen, dass sich die Angezeigte völlig eindeutig darüber im Klaren war, dass ihr geplantes und angekündigtes Vorgehen offensichtlich gesetzes- und verfassungswidrig war, womit ihre *Wissentlichkeit* beim vorgenommenen Befugnismissbrauch hinlänglich dokumentiert ist.

## VI.

Es wird angeregt, den oben dargestellten Sachverhalt aus strafrechtlicher Sicht zu prüfen, gegebenenfalls ein entsprechendes Ermittlungsverfahren, allenfalls wegen des Verdachts des Missbrauchs der Amtsgewalt nach § 302 StGB einzuleiten und den Sachverhalt umfassend aufzuklären.

Es wird ersucht, der Einschreiterin über den Verfahrensgang insbesondere über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu informieren.

Wien, am 19.06.2024  
D82-24 GERICHT-Vollmachtsbekanntgabe,  
Strafanzeige.doc-1-1 /AJ /1

Österreichische Volkspartei

*Da es ein fatales Signal wäre, eine Person des Amtsmissbrauchs zu beschuldigen, aber sie zugleich im Amt zu belassen, stellen die unterfertigten Abgeordneten den folgenden*

### *Entschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*„Der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird gemäß Art. 74 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“*

\*\*\*\*\*

**Präsident Mag. Wolfgang Sobotka:** Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht somit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Jeitler-Cincelli. – Bitte sehr, Frau Abgeordnete. (Abg. Lukas **Hammer**: Wie wäre es mit einem Ordnungsruf? – Weitere Rufe bei den Grünen: Es gibt keine Ordnungsrufe, Herr Präsident?)